

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

23.10.1930 (No. 247)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsriedstr.  
Nr. 14  
Hauptredaktion:  
Nr. 933  
und 954  
Postfach:  
Nr. 8515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatdangelegten  
Chefredakteur:  
G. H. Meub,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreite. Preise sind Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabate, der als Rollenrabate gilt und berechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, Zwangsversteigerung und Kontostandverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inkrent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Beileidkundgebung der badischen Regierung

Der Staatspräsident hat an den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun in Berlin folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

Mit tiefer Trauer nehmen badische Regierung und badisches Land Anteil an dem fürchterlichen Unglück auf dem Wilhelmshacht, dem so viele Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Den Hinterbliebenen bitte ich die Teilnahme übermitteln, und den Verletzten Wünsche auf baldige Genesung aussprechen zu wollen.

#### Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

im Bezirk des Landesarbeitsamts Südbadisches Land in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1930.

Die allgemeine Ungunst der wirtschaftlichen Lage zeigt sich auf dem Arbeitsmarkt besonders deutlich dadurch, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften immer schwächer wird. Am 15. Oktober waren nur 1694 offene Stellen vorhanden gegen 2229 am 15. September. Das von den Arbeitsämtern erfasste Stellenangebot ist jetzt schon auf einem Tiefstand angelangt, wie es bisher selbst zu den schlechtesten Zeiten nicht einmal in den Monaten November und Dezember, in denen der Bedarf an Arbeitskräften erfahrungsgemäß am stärksten abnimmt, beobachtet wurde. Nach den Berichten der Arbeitsämter sind gar keine Anzeichen vorhanden, daß abgesehen von unbedeutenden Teilgebieten eine baldige Belebung der Nachfrage eintritt.

Unter diesen Umständen schwillt das Überangebot an Arbeitskräften immer mehr an; am 15. Oktober waren insgesamt 180 000 arbeitsfähige Personen vorgemerkt; das waren 10 000 mehr als Ende September. Die Zunahme erstreckte sich mit Ausnahme des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes auf alle Berufe; besonders stark waren die Zugänge an Arbeitssuchenden im Baugewerbe, die um 2900 Mann zugenommen haben, und in den Angestelltenberufen, wo sich die Zahl der Stellen suchenden um 1400 Personen vermehrt hat.

Die Inanspruchnahme der Unterbringungseinrichtungen ist ebenfalls wieder um rund 3900 Personen angeklungen, wovon 3300 auf die Arbeitslosenversicherung und 600 auf die Krisenunterstützung entfallen.

Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 15. Oktober 1930 folgender:

Zu der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 83 913 Personen (70 427 Männer, 13 486 Frauen) und in der Krisenunterstützung 20 583 Personen (17 087 Männer, 3496 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 3882 Personen oder um 3,9 v. H. von 100 614 Personen (83 599 Männer, 17 015 Frauen) auf 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen); davon kamen auf Württemberg 42 472 gegen 39 644.

Und auf Baden 62 024 gegen 60 970 am 30. September 1930. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südbadisches Land kamen am 15. Oktober 1930 auf 1000 Einwohner 20,8 Hauptunterstützungsempfänger gegen 9,4 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

Im Baugewerbe geht die Hochbaulätigkeit trotz des zusätzlichen Bauprogramms immer mehr zurück. Im Tiefbaugewerbe waren infolge Inanspruchnahme zahlreicher Postenarbeiten wie Wasserleitungen, Kanalisations- und Straßenbauten durch die Gemeinden die Unterbringungsmöglichkeiten etwas reichlicher. Auch in den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge konnte der Stand an Postenarbeitern auf rund 2100 vermehrt werden. Durch die anhaltenden Regenfälle in der ersten Monatshälfte wurden die Arbeiten sehr behindert. Im ganzen stieg das Überangebot an Bauarbeitern um 1800 Fach- und 1100 Hilfsarbeiter, so daß Mitte Oktober fast 30 000 Bauarbeiter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen gegen annähernd 10 000 im vorigen Jahr.

In der Industrie der Steine und Erden hat das verfügbare Kräfteangebot um 300 Personen zugenommen. An den Entlassungen waren Steinbrüche, Ziegeleien, Zementwerke und ein Gipswerk beteiligt; besonders ins Gewicht fielen die Entlassungen in den Granitsteinwerken des nördlichen Schwarzwaldes. Der Beschäftigungsstand in der Porzellanindustrie soll dagegen wieder normal sein.

Die Herbstarbeiten in der Landwirtschaft wurden mit nur geringem zusätzlichem Kräftebedarf durchgeführt. In der Forstwirtschaft befürchtete man wegen der geringen Nachfrage nach Bauholz eine Einschränkung des üblichen Holz-einsatzes.

Im Verkehrsgewerbe scheinen sich bei der Reichsbahn Entlassungen und Einstellungen von Bahnbau- und Bauunterhaltungspersonal ausgeglichen zu haben. Bei der Reichspost mußten infolge Beendigung der Urlaubszeit Postanstalten entlassen werden. Wegen Saisonende im Reiseverkehr wurde am Bodenfee zahlreiches Personal des Schiffs- und Kraftwagenverkehrs arbeitslos.

Die Vermittlungstätigkeit im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe war gering. In der Berichtszeit stieg das verfügbare Kräfteangebot um 200 Männer und 500 Frauen, so daß Mitte Oktober über 5500 Gastwirts- und Hotelangestellte aller Kategorien vorgemerkt waren, gegen 3600 der gleichen Zeit des Vorjahres.

### Letzte Nachrichten

#### Krise im Reichslandbund Ein deutschnationaler Vorstoß

GNB. (Priv.-Tel.) Vom Bundesvorstand des Reichslandbundes wurde gestern zu dem sachungsgemäß den Vorsitz führenden Präsidenten Graf Kalkreuth gewählt. Präsident Hepp legte daraufhin sein Amt nieder.

Dazu erklärt die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, daß dies das Ergebnis eines wohlüberlegten Vorstoßes sühlicher deutschnationaler Kräfte sei. Die Wahl des Grafen Kalkreuth zum geschäftsführenden Präsidenten bedeute nicht Entpolitisierung, sondern Parteipolitisation des Reichslandbundes. Daß die Wahl trotz der bekannten Einstellung des bisherigen Präsidenten Hepp, der sein Amt zehn Jahre verwaltet, vorgenommen wurde, war seine bewußte Beseitigung durch dieselben Kräfte, welche auch Minister Schiele verdrängten. Hepp war der Vertreter des bäuerlichen Elementes im Präsidium des Reichslandbundes. Sein Ausscheiden aus dem Amt wird nicht ohne weitere Auswirkung in den nicht nur süb- und südbadischen Landbänden bleiben. Das gleichzeitige erfolgte Ausscheiden Höfers aus dem Bundesvorstand deutet die Folgerungen bereits an.

In der Erklärung heißt es am Schluß: Die gerade von den jetzt zurückgetretenen Vertretern betriebene dauerliche Aktivität zur Stärkung des Reichslandbundes, um dessen Machtposition ständig zu steigern, ist einem einseitigen parteipolitischen Standpunkt sühlicher Großgrundbesitzerkreise geopfert worden.

#### Gegen Briand

#### Frontkämpfervereinigungen fordern seinen Rücktritt

GNB. Paris, 23. Okt. (Priv.-Tel.) Verschiedene Frontkämpfervereinigungen, die nach ihrer Erklärung „dem Geist des Sieges treu geblieben“ sind, haben einen ständigen Wah- und Aktionsausschuß der ehemaligen Frontkämpfer geschaffen. Dieser Aktionsausschuß veranstaltete gestern im Wagramaal eine große öffentliche Kundgebung, an der, wie behauptet wird, 10 000 Personen teilgenommen haben. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die gegenwärtige internationale Lage als logische Folge der durch den Geist von Locarno symbolisierten auswärtigen Politik bezeichnet, die sofortige energische Umstellung der französischen Außenpolitik, und als unerlässliche Bedingung hierfür die endgültige Entfernung Briands gefordert werden.

Der französische Flieger Langeron, der vor einigen Tagen von Bichow nach Oriska flog, ist aus der Sowjetunion ausgewiesen worden, weil er unerlaubt sowjetrussisches Gebiet überflogen habe.

Die Arbeitsmarktlage in der Industrie erfährt hauptsächlich infolge eines weiteren Beschäftigungsrückganges in der Metallindustrie, die nunmehr mit 37 200 Kräfte den Arbeitsmarkt belastet, ebenfalls eine Verschlechterung. In sämtlichen Automobilfabriken des Bezirks sind teils größere, teils kleinere Entlassungen vorgenommen und weitere angekündigt worden. Auch der landwirtschaftliche Maschinen- und Gerätebau hat an allen Standorten Arbeiter abgebaut. Im übrigen ist in den meisten Branchen eine Zunahme der Kurzarbeit festzustellen mit Ausnahme der Porzellan- und Gläserindustrie, in der sich die bereits gemeldete Besserung der Beschäftigungsgründe in verstärktem Maße fortgesetzt hat.

Im Spinnstoffgewerbe wurden neben einigen Fällen von starkem Beschäftigungsrückgang auch zahlreiche Besserungsergebnisse beobachtet, so daß das Steigen der Arbeitslosigkeit ziemlich zum Stillstand gekommen ist. Der Arbeitsmarkt der Textilindustrie ist anhaltend starken Schwankungen ausgesetzt. Schichtarbeit infolge kurzfristiger Aufträge wird sehr oft durch plötzliche Kurzarbeit und teilweise Stilllegung der Betriebe abgelöst.

In der Holzindustrie hat sich das verfügbare Kräfteangebot um 650 Personen vermehrt. Beteiligt an den Zugängen zum Arbeitsmarkt war insbesondere die Sägewerksindustrie und auch immer noch die Möbelfabrikation. In der Harmonika-industrie wurde ein größerer Filialbetrieb teilweise stillgelegt. Eine Belegung hatte nur die Spanorthfabrikation zu verzeichnen, die zahlreiche entlassene Arbeitskräfte wieder einstellte.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat sich dank des Saisonbeginns in der Zuckerrübenverarbeitung, der weiteren Besserung in der Schokoladenfabrikation, der festen Lage in der Zigarrenfabrikation und der Hochsaison auf dem Geflügelmarkt die Arbeitsuchendenzahl vermindert. Entlassungen geringen Umfangs wurden im Brauergewerbe, in der Konser-venindustrie und in der Teigwarenfabrikation gemeldet.

Im Bekleidungs-gewerbe hat sich an den größeren Kläben die Nachfrage nach Nähmaschinen- und Schneiderinnen verstärkt, so daß eine weitere leichte Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten ist. Auch Kürschner, Handschuhmacher, Kut-macher und Reparaturschuhmacher konnten in vermehrtem Maße vermittelt werden. In der Schuhindustrie neigte die Lage zu weiterer Verschlechterung.

In den Angestelltenberufen war der Zustand von Stellenlosigkeiten in der ersten Monatshälfte besonders stark. Am 15. Oktober waren bei den Arbeitsämtern über 17 000 Stellen suchende Angestellte vorgemerkt.

### Die staatliche Grund- und Gewerbesteuer in Baden

Vom Bad. Statistischen Landesamt wurde unlängst ein größeres Werk über die staatliche Grund- und Gewerbesteuer in Baden für das Rechnungsjahr 1926 im Auftrag des Bad. Finanzministeriums herausgegeben (Buchdruckerei G. F. Müller, Karlsruhe i. B., 1930, 339 Seiten), welches einen schätzenswerten Beitrag zur badischen Steuerstatistik darstellt und weitgehende Beachtung verdient.

Die letzte Statistik über badische Landessteuern ist im Jahre 1919 erschienen. Sie wurde bearbeitet und herausgegeben von der früheren Zoll- und Steuerdirektion und behandelte die frühere badische Einkommen- und Vermögensteuer, und zwar deren Veranlagungsergebnisse für 1919. Das System der direkten Landessteuern ist durch die Reichsteuergesetzgebung in den Jahren 1920 und 1921 grundlegend geändert worden. Die Einkommensteuer ging an das Reich über, die Landesvermögensteuer wurde zerfallen und die Grund- und Gewerbesteuer als Landessteuer eingeführt. Als dann nach Stabilisierung der Währung die Grund- und Gewerbesteuer im Jahre 1926 einer grundlegenden Reform unterzogen worden war, erschien es geboten, die Veranlagungsergebnisse für dieses Jahr statistisch zu bearbeiten.

Die neue Statistik gibt nicht nur manchen wertvollen Aufschluß über die Verteilung der Steuerlasten unter die verschiedenen Gruppen von Steuerträgern innerhalb Badens, sondern dürfte auch zur Beseitigung von irrigen Vorstellungen über badische Steuerbelastung im Verhältnis zu anderen Ländern beitragen. Die ständigen Erörterungen über die steuerliche Belastung zeigen, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Interesse an der Kenntnis der Auswirkung der neuen Grund- und Gewerbesteuer vorhanden ist.

Seit 1926 ist die Steuer zweimal geändert worden, und zwar durch Erhöhung des Freiteils beim Gewerbeertrag von 1500 auf 2500 RM sowie durch eine beschränkte Änderung der Steuerwerte des Grundvermögens, insbesondere aber durch Differenzierung der nach dem Finanzgesetz von den Steuergrundbeträgen zu erhebenden Hundertteile. Gleichwohl verliert die Statistik über die Grund- und Gewerbesteuer 1926 ihren Wert nicht, da an dem grundlegenden Aufbau der Steuer dadurch nichts geändert worden ist.

Im ersten Abschnitt des aufschlußreichen Buches wird nach einem geschichtlichen Rückblick zunächst das System der direkten Steuern in Baden dargestellt: Ertragsteuern bis 1886, Personalsteuern (Einkommen- und Vermögensteuer) 1886 bis 1920, Rückbildung zu Ertrag- (Real-)steuern von 1920 an. In einem weiteren Kapitel werden die heutigen Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer) behandelt. Im zweiten Abschnitt gelangen die Ergebnisse der Grund- und Gewerbesteuerstatistik (Grundvermögen, Betriebsvermögen und Gewerbeertrag nach Steuerpflichtigen, Steuerwerten, Gewerbeertrag, Steuerbetrag und Steuerstufen) zur Darstellung, während der dritte Abschnitt das umfangreiche Tabellenwerk nach Gemeinden, Amtsbezirken für das Land im ganzen sowie nach Gemeindegruppen und für die Städte enthält.

Eine hervorragende Bedeutung kommt den Städten als Steuerträgern zu, über deren Bevölkerungs- und Steuerverhältnisse (Steuerpflichtige, Steuerwerte (Gewerbeertrag und Steuererträge)) eine besondere Tabelle (Tabelle 9) unterrichtet.

Vom gesamten Grundvermögen des Landes Baden entfallen auf die 15 Städte mit über 10 000 Einwohnern 42,7 v. H., vom Betriebsvermögen 63,3 v. H., vom Gewerbeertrag 64,6 v. H., vom Grundsteuerbetrag 46,9 v. H., vom Steuerbetrag des Betriebsvermögens und des Gewerbeertrags 64,6 v. H., vom Grund- und Gewerbeertrag zusammen 53,3 v. H., während sie an der Einwohnerzahl des Landes nur mit etwas mehr als einem Drittel (35,4 v. H.) beteiligt sind.

Das Belastungsverhältnis unter den drei Steuergrundlagen (Grundvermögen, Betriebsvermögen und Gewerbeertrag), welches im Gesetz mit 70 : 12 : 18 vorgegeben war, hat sich nach den Veranlagungsergebnissen für das Rechnungsjahr 1926 auf 64 : 9 : 27 verschoben. Für die Jahre 1927/28 wurde das Belastungsverhältnis durch Festsetzung unterschiedlicher Hundertteile für die einzelnen Steuergrundbeträge durch das betreffende Finanzgesetz geändert, so daß das Belastungsverhältnis im Rechnungsjahr 1927: 63 : 10,5 : 26,5 und im Rechnungsjahr 1928: 62,7 : 12,9 : 24,4 betragen hat. Es wurde dadurch eine erhebliche Entlastung des Grundvermögens erreicht. Durch die Einführung der Gewerbeertragsteuer konnte den mannigfaltigen Verhältnissen der einzelnen Gewerbebetriebe steuerlich am besten Rechnung getragen werden, indem Gewerbebetriebe mit großem Umsatz und Ertrag, aber kleinem Betriebskapital mehr durch die Ertragsteuer, Betriebe mit großem Betriebskapital, aber geringem Ertrag, mehr durch die Wertsteuer betroffen werden. Dabei wurde zur höheren Besteuerung nach dem Ertrag die Wertsteuer mit

40 v. S. an der Gesamtsteuer mit Absicht niedriger gehalten als die Ertragsteuer mit 60 v. S. Tatsächlich stellt sich die Belastung des Ertrags 1926 auf 75 v. S., 1927 auf 70 v. S. und 1928 auf 66 v. S.

Das umfangreiche statistische Material wird wertvolle Unterlagen für künftige steuerpolitische Maßnahmen bieten, insbesondere auch die Auswirkung des von der Reichsregierung aufgestellten Entwurfs eines Steuervereinfachungsgesetzes besser erkennen lassen. Das Statistische Landesamt hat sich durch die Veröffentlichung dieser Arbeit, welcher vier Schaubilder beigelegt sind, ein anerkanntes Verdienst um die badische Steuerstatistik erworben. Es wäre nur zu wünschen, daß die Statistik in drei- bis fünfjährigen Zwischenräumen, wenn auch nur in beschränkterem Umfang, wiederholt würde.

Dr. Ehrler, Freiburg.

### Das Rätsel der Alsdorfer Katastrophe Keine Sprengstoffexplosion

W.W. Köln, 23. Okt. (Tel.) Der Reichstagsabg. Sollmann hat den Untersuchungen über die Ursachen der Grubenkatastrophe in Alsdorf beigewohnt. Er legte seine Beobachtungen und Erfahrungen in einem Bericht der „Rheinischen Zeitung“ nieder, die in mehreren Einzelheiten von den bisher bekanntgegebenen Feststellungen abweicht. Es heißt darin u. a.:

Die Untersuchung scheint mit zweifelsfreier Deutlichkeit zu ergeben, daß die ursprüngliche Annahme, es habe eine Sprengstoffentladung stattgefunden, fallen gelassen werden muß. Es wurde festgestellt, daß die letzte Anlieferung von Sprengstoff — 3000 Kilogramm Wetterdetonit B und 2000 Kilogramm Dynamit Nr. 1 — am 16. Oktober erfolgt ist. Diese Sprengstoffmengen wurden nach übereinstimmenden Zeugenaussagen noch am selben Tage in die unterirdischen Lager geschafft. In der Nähe des Schachtes standen aber über Tage 150 Liter Benzin zum Füllen der Benzinlampen (der größte Teil der Grubenlampen ist elektrisch). Ein größerer Benzolent in der Nachbarschaft, der bis vor kurzem benutzt worden ist, soll nach übereinstimmenden Aussagen aller Beteiligten, auch Arbeiter, jetzt leer gewesen sein. Die 150 Liter Benzin bringt man jedenfalls mit der Explosion in Verbindung, jedoch bezweifeln insbesondere die Arbeiter, daß das Benzin der Hauptursache des Explosionsunglücks gewesen ist.

Die Arbeiter vermuten, entgegen der Annahme mancher Fachleute, daß eine Schlagwetterexplosion unter Tage. Der gewaltige Luftdruck von unten habe oben das Faß Benzin gerührt, und das auslaufende Benzin sei durch irgendwelche noch nicht geklärte Einwirkung explodiert und habe das Gebäude in Trümmer gelegt. Der Schacht sei durch den Stoß von unten luftleer geworden, und nun sei durch die Benzinexplosion ein Rückschlag der Flammen nach unten erfolgt. Dadurch die Schlagwetter entzündet worden seien, bleibe allerdings auch bei dieser Kombination noch ungeklärt.

### 248 Tote geborgen

W.W. Alsdorf, 23. Okt. (Tel.) Um 1.30 Uhr früh wird amtlich gemeldet: Die Zahl der bisher geborgenen Toten beträgt 248. Es läßt sich noch nicht genau feststellen, wie viele noch vermisst werden, da unter den haushohen Schuttmassen noch Leute verschüttet sein können. Die Rettungsmannschaften melden, daß die Strecken teilweise 300 bis 500 Meter zu Bruch gegangen sind.

Der Reichspräsident hat als erste Hilfe für die Hinterbliebenen aus seinem Dispositionsfonds den Betrag von 10 000 Reichsmark zur Verfügung gestellt. Reichsaussenminister Dr. Curtius hat ein Empfang anlässlich der Tagung der Föderation internationaler Journalisten abgelehnt und einen entsprechenden Betrag als Spende für die Witwen und Waisen der Opfer zur Verfügung gestellt.

Der König von England ließ durch den Berliner Botschafter dem Reichspräsidenten seine Anteilnahme übermitteln.

Die Reichseinnahmen im September betragen im ganzen 698,8 Mill. Reichsmark. Das Gesamtaufkommen im ersten Halbjahr des laufenden Rechnungsjahres beträgt 4580,7 Mill. Reichsmark und bleibt, rein rechnerisch betrachtet, um 552,1 Mill. Reichsmark hinter der Hälfte des veranschlagten Jahreshaushaltsjolls zurück.

Odenburg-Januschau antwortet Grüner. Herr von Odenburg-Januschau hat auf den offenen Brief des Reichswehrministers Grüner eine Antwort veröffentlicht, in der er befreit, daß die Verfehlungen der Offiziere nicht disziplinarisch hätten erledigt werden können. Die ungeheure Aufregung in allen nationalen Kreisen und der für die Reichswehr selbst hervorgerufene Schaden hätte vorhergesehen werden müssen. Es sei untragbar, daß im Gegenzug zur Darstellung Grüners Offiziere unter Berufung auf den Herrn Reichspräsidenten angesichts der Truppen durch Kriminalbeamte verhaftet wurden.

### Tagung der Volksbühnen Badens und der Pfalz

Am Sonntag fand in Weinheim im Hotel „Räppler Hof“ der 7. ordentliche Bezirkstag des Verbandes der Volksbühnenvereine Bezirk Baden und Pfalz statt. Den Vorsitz führte Regierungsrat Günther (Karlsruhe). Oberregierungsrat Dr. Hal (Karlsruhe) überbrachte die Grüße des badischen Kultusministers und wandte sich gegen jene Bestrebung, die der Kunst Fesseln anlegen will. Unterstaatssekretär Baake (Berlin) überbrachte die Grüße des Hauptverbandes. Bürgermeister Dr. Kaiser entbot namens des Stadtrats den Gästen ein herzliches Willkommen.

Bürgermeister Krüger (Karlsruhe) erstattete den Geschäftsbericht. Danach bestehen in Baden 13 Vereine und 3 Theatervereine mit 20 900 Mitgliedern. Es wurden 211 850 Klage (gegen 191 000 im Vorjahr) den badischen Theatern abgenommen. In den letzten vier Jahren wurden den badischen Theatern durch die Volksbühnenvereine über 1 Million zugeleitet.

Bürgermeister Luthmer (Kehl) erstattete einen Vortrag über das Thema: „Wirtschaftliche Not und Kulturpflege“. An die Stelle des krankheitshalber ausscheidenden ersten Vorsitzenden Dr. Fulda (Mannheim) wurde Rechtsanwalt Dr. Girscher (Mannheim) gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Regierungsrat Günther (Karlsruhe), zum Schriftführer Düren (Mannheim), zum Kassier Jakob (Mannheim) gewählt. Als Beisitzer wurden bestimmt: Badisch (Forsheim), Wagner (Weinheim), Frau Girscher (Mannheim) und Hofmann (Heidelberg). Als nächstjähriger Tagungsort wurde Forsheim in Aussicht genommen.

Sidinger-Ehrung der Stadt Wien. Der geschäftsführende zweite Präsident des Stadtschulrats für Wien, Nationalrat Glöckel, hat dem Oberbürgermeister der Stadt Mannheim die Mitteilung zugehen lassen, daß anlässlich der Eröffnung des ersten Schulgebäudes, das Wien nach dem Krieg errichtet hat, die Straße, in der die neue Schule gelegen ist, nach Dr. Anton Sidinger zu benennen ist und dadurch dem Andenken dieses bekannten Schulmannes Ehre zu erweisen.

### Reichshaushalt und Sanierungsvorlage

#### Die Gesetze nächste Woche an den Reichsrat

Wie aus Berlin gemeldet wird, wird das Reichskabinett Ende der Woche eine Sitzung abhalten, in der der Etat verabschiedet werden wird. Die Ministerien werden inzwischen mit Hochdruck an den Gesetzen arbeiten, mit denen das Sanierungsprogramm durchgeführt werden soll. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß das Reichskabinett diese Vorlagen im Laufe der nächsten Woche an den Reichsrat weiterleiten kann. Die Kabinettsberatungen dürften nicht sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, da vom Reichsfinanzministerium die meisten Einzelheiten bereits mit den übrigen Ressorts geregelt sind, so daß nur noch die Differenzpunkte ins Kabinett hineinkommen. Der Reichsrat hat dann den ganzen November zur Beratung der Gesetze zur Verfügung. Die Ausschüsse des Reichstags werden in der zweiten Novemberhälfte mit ihren Beratungen beginnen können.

Der Reichszankler empfing Mittwoch den Vertreter der Landvolkpartei, Dr. Gerke, der den Wunsch auf beschleunigte Wiedereinberufung des Reichstags vortrug, damit er zu den dringenden agrarpolitischen Anträgen Stellung nehmen könne. Der Reichszankler betonte, daß der Reichstag sich selbst bis zum 3. Dezember vertagt habe. Die Reichsregierung habe sich jedoch bereit erklärt, in ihrer Regierungserklärung für die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zur Behebung der landwirtschaftlichen Not ausgesprochen, und die hierzu erforderlichen Vorarbeiten seien jetzt in Angriff genommen worden.

#### Haushaltsausschuß und Notverordnungen

Der Haushaltsausschuß des Reichstags, der die Notverordnungen zu beraten hat, ist bisher zu einer Sitzung nicht einberufen. Auch hier ist aber die Zusammenlegung des Ausschusses interessant. Vorsitzender ist Abg. Heimann (Soz.). Dem Ausschuß gehören an: 9 Sozialdemokraten, 7 Nationalsozialisten, 5 Kommunisten, 4 Zentrumsgesandte, 2 Deutschnationale, 2 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, 2 Vertreter des Deutschen Landvolks, ein Vertreter der Wirtschaftspartei, ein Vertreter des Christlich-Sozialen Volksdienstes und ein Vertreter der Bayerischen Volkspartei. Von den 35 Mitgliedern des Ausschusses verfügen die Regierungsparteien über 8. Unter Hinzurechnung der Sozialdemokraten und des Volksdienstes sind für die Regierung 18 Stimmen, also gerade die Mehrheit vorhanden. Die Staatspartei ist in keinem der Ausschüsse vertreten, da sie nicht Fraktionsstärke hat.

Im Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, des sog. Überwachungs Ausschusses, haben nach der Schließung die Nationalsozialisten den Vorsitz, für den Abg. Straßer vorgeschlagen ist. Nach der Ankündigung des Abg. Straßer in der Samstagssitzung des Reichstags ist auch mit dem Zusammentritt dieses Ausschusses in nächster Zeit zu rechnen.

### Die Wiederernennung Severings

#### Amtsantritt am Freitag

Der neuernannte preussische Innenminister Severing wird, dem „Vorwärts“ zufolge, sein Amt am morgigen Freitag antreten. Die Deutschnationalen haben bereits im Landtag ein Mißtrauensvotum gegen Severing eingebracht.

In der Berliner Presse wird das überraschende des Wechsels unterzogen. Der „Vorwärts“ bezeichnet die Ernennung Severings als Antwort auf die nationalsozialistische Diktatur- und Staatsstreichdrohung. Die „Germania“ fragt jedoch, ob die Ersetzung des etwas professoralen weisen Baentig durch den stärkeren Severing auf eine Verschärfung des sozialdemokratischen Einflusses in Preußen hinauslaufen solle. Dann hätte Herr Braun der Ablehnung der Mißtrauensanträge und des Antrages auf Landtagsauflösung eine sehr weitherzige und weitgehende Auslegung gegeben. Die oppositionelle Presse spricht von einem geradezu diktatorischen Verhalten des Ministerpräsidenten Braun, und sagt, die Stellung der Reichsregierung werde durch Brauns Maßnahmen geschwächt.

Die Meldungen über einen bevorstehenden Wechsel in der Leitung des Berliner Polizeipräsidiums wollen trotz eines Dementis nicht schweigen. Die „Vorfzeitung“ bezeichnet es als sicher, daß der frühere Innenminister, Grzesinski, Nachfolger des Präsidenten Jörgel werden. Jörgel soll für die Leitung eines Regierungspräsidiums im Westen in Aussicht genommen sein.

Severing sprach am Mittwoch in einer Massenfundgebung der Sozialdemokratie in Offenbach a. M. und in Frankfurt selbst. Dabei setzte er sich zunächst mit den Nationalsozialisten auseinander und fuhr dann fort: Wir müssen darauf bedacht sein, in ein erträgliches Verhältnis zu allen Staaten der Welt zu gelangen. Darum müssen wir Friedensfreunde sein. Wir wollen gute Deutsche sein, aber darüber hinaus gute Weltbürger. Ein neuer Krieg würde das Ende aller Kultur bedeuten. — Nach dem Gesang der Internationale bildete sich ein Demonstrationzug, der durch die Straßen Frankfurts zog.

### Die englische Palästina-Politik

W.W. London, 23. Okt. (Tel.) Die drei Führer der konservativen Partei, Baldwin, Chamberlain und Amery, sehen sich durch den Rücktritt Dr. Weizmanns zu einem Vorstoß gegen die Regierung Macdonalds veranlaßt. In einem Schreiben an die „Times“ bringen sie ihr tiefes Bedauern über diesen Rücktritt zum Ausdruck. Sie betonen, daß sie sich der mit dem Palästina-Mandat übernommenen und bisher von jeder britischen Regierung eingehaltenen zweiseitigen Verpflichtung Englands gegenüber Arabern und Juden voll und ganz bewußt seien. Es sei bedauerlich, daß die derzeitige britische Regierung nunmehr diese Politik aufgeben zu haben scheine. Dieser Geist der Valfour-Deklaration und den Erklärungen sämtlicher britischer Regierungen der letzten 12 Jahre im Widerspruch zu stehen scheine.

W.W. Warschau, 23. Okt. (Tel.) Kundgebungen jüdischer Demonstranten vor dem englischen Botschaft haben sich gestern wiederholt, wobei Rufe ertönten, wie „Nieder mit England!“, „Nieder mit der Schacherpolitik!“. Die Polizei trieb die Demonstranten auseinander. Dann sammelten sich wieder einige hundert Zionisten vor dem englischen Konsulat, wo mehrere Fensterscheiben eingeschlagen wurden. Die Polizei stellte auch hier die Ordnung wieder her.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Apostolischen Nuntius, der ihm als Geschenk des Papstes ein Prachtwerk mit Reproduktionen päpstlicher Papyrus-Urkunden aus deutschen, spanischen und italienischen Archiven überreichte und die Teilnahme des Papstes an der Bergwerkskatastrophe übermittelte.

### Aus den Ländern

#### Der Ausgleich des bayerischen Staatshaushalts

Die bayerische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Abgleichung des ordentlichen Staatshaushalts unterbreitet.

Die Bestimmungen über die Schlachtsteuer, die mit 31. März 1933 befristet wurden, sind im wesentlichen aus dem früheren Gesetzentwurf übernommen. Nach dem Haushaltsvoranschlag schließt der Haushaltsplan mit einem Fehlbetrag von rund 21,8 Millionen ab, hierzu kommt noch eine Mehrausgabe für Versorgungsbezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen mit rund 2 Millionen Reichsmark. Dem stehen gegenüber Minderausgaben von insgesamt 5,8 Millionen Reichsmark. Die Steuer vom Kleinverkauf soll 1930 noch einen Ertrag von rund 6 Millionen Reichsmark liefern. Zur Deckung des danach noch im ordentlichen Staatshaushalt verbleibenden Fehlbetrages von 12 Millionen Reichsmark sollen einbehalten werden bei den persönlichen Ausgaben 800 000 RM, bei den sachlichen Verwaltungsausgaben 2 Millionen, bei den sog. Sachausgaben 2,6 Millionen, bei den Leistungen für kirchliche Zwecke 1 Million Reichsmark, somit im ganzen 6 400 000 RM. Der hierdurch noch nicht gedeckte Fehlbetrag von 5,6 Millionen Reichsmark soll durch die zu erwartenden Zinsen für die vom Reich geschuldete Postanleihe ausgeglichen werden.

#### Sachsens Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Im sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium fanden Besprechungen mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Gemeinden über die Frage statt, inwieweit durch Kürzung der Arbeitszeit die Einstellung von Arbeitslosen in den Betrieben erfolgen könne. Eine einheitliche Grundlage konnte noch nicht gefunden werden. Das Ministerium wird nunmehr in einer weiteren Verhandlung selbst Vorschläge zur Durchführung der geplanten Maßnahmen vorlegen.

Zur Stützung des Arbeitsmarktes soll auch die Errichtung eines „staatlichen Wirtschaftskods“ dienen. In einer dem Landtag vorgelegten Entwurf ist vorgesehen, aus den Rückflüssen der für die wertstoffende Arbeitslosenfürsorge aus Staatsmitteln gewährten Darlehen einen solchen Fond zu bilden. Der Fond soll Darlehen in solchen Fällen zur Verfügung stellen, in denen die Lebensfähigkeit des Betriebes zu erwarten ist. Die Unterfützung soll in der Form eines normal verzinslichen Kredits, in besonderen Fällen aber auch auf andere Art, zum Beispiel durch Beteiligung, erfolgen.

#### Spartaenaufwertung in Preußen

Der Gemeindevorstand des Preussischen Landtages beschloß am Donnerstagabend mit Anträgen des Zentrums und der Deutschen Fraktion auf Erhöhung des Aufwertungs-gesetzes bei den Spartaen auf 15 Proz. hinaus. Von Regierungsseite wurde erklärt, daß in den einzelnen Provinzen Preußens große Unterschiede beständen. So betrage die Aufwertungsmaßnahme in Berlin 14,5 Proz., in Westfalen 26,9 Prozent. Die Regierung sei der Ansicht, nicht von dem früheren Standpunkt der einheitlichen gemeinschaftlichen Aufwertung abgehen zu können. Im Durchschnitt könnte für ganz Preußen mit 21,4 Proz. aufgemertelt werden. Ein Zentrumsantrag, der die Regierung auffordert, das gesamte Material dem Ausschuß schriftlich vorzulegen, wurde angenommen.

Umzugs- und Versammlungsverbot in Braunschweig. Der braunschweigische Innenminister hat ein Umzugs- und Versammlungsverbot erlassen.

Ergebnisloser Verlauf der Lohnverhandlungen in der Rheinischschiffahrt. Die am 20. d. M. aufgenommenen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Neuregelung der Lohnverhältnisse in der Rheinischschiffahrt sind nach ergebnislosem Verlauf vertagt worden. Ein kleinerer Ausschuß wird sich zunächst mit den Anträgen beider Parteien befassen und über die Anberaumung eines neuen Termins schlüssig werden.

Ein Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe. Die österreichischen Erzbischöfe und Bischöfe haben einen Hirtenbrief erlassen, in dem die katholische Bevölkerung aufgefordert wird, bei den bevorstehenden Wahlen nur wahrheitsliebenden und kirchentreuen Männern ihre Stimmen zu geben.

Dr. Lachmann erkrankt. Der Korrespondent der „Frankf. Zeitung“ in Wien, Dr. Lachmann, ist, wie jetzt bekannt wird, seit Sonntag an Grippe erkrankt und bettlägerig. Daraus erklärt sich das Gerücht, daß Dr. Lachmann auf Aufforderung der Bundesregierung Österreich verlassen habe.

Verhaftung eines kanadischen Journalisten in Galizien. In dem ostgalizischen Dorf Borsodhlowice wurde der Korrespondent der „Canadian Times“ William Dey von den Polen verhaftet, weil er dort Informationen über die örtliche Bevölkerung eingeholt hat, nachdem dort eine Eskadron polnischer Ulanen eine „Razifizierungsaktion“ durchgeführt hatte. Er wurde nach Lemberg gebracht. Die mit dem Kanadier verhafteten Ukrainer gehören der Elite der ukrainischen Intelligenz Ostgaliziens an.

### Kleine Chronik

Nach einer Berliner Meldung ist der Prototyp der Zellstofffabrik Waldhof AG, Mannheim, Wegerer, der sich von Sontajetrupland auf dem Wege nach Seltinsfors (Finnland) befand, von den Russen an der Grenze aus unbekanntem Grunde verhaftet worden. Wie wir von der Verwaltung der Zellstoff Waldhof hören, ist man dort ganz im Unklaren, aus welchen Gründen Wegerer verhaftet wurde. Wegerer befand sich schon früher sehr oft in Rußland, um die Holzverkäufe der Gesellschaft vorzunehmen.

Am Montag ist bei Lüttich (Belgien) ein französisches Militärflugzeug abgestürzt. Die Besatzung fand dabei den Tod. Geleitet wurde das Flugzeug von dem bekannten Kriegsflyer Oberst Wapre, der 1915 zahlreiche Luftbombenangriffe gegen elsassische und badische Städte und auch gegen die Luftschiffanlagen von Friedrichshafen unternahm.

Großen Unterschlagungen von Untergeldern ist man, wie das „B.L.“ berichtet, bei dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Birt in Schwerin in Mecklenburg auf die Spur gekommen. Birt hat sich seiner Feindschaft durch Nichtentzogen. Man hat Unterschlagungen von circa 100 000 RM festgestellt.

Einen schweren Autounfall erlitt heute, Donnerstag, vormittag gegen 11 Uhr bei Lidtenfels der Seniorchef der bekannten Porzellanfabrik „Gef. Kommerzienrat Philipp Rosenthal“. Er war im Auto mit zwei seiner Direktoren auf dem Wege nach seinem Werk in Neustadt bei Coburg. Als der Wagen in einer Kurve schleuderte und gegen einen Baum fuhr, wurden die Insassen von ihren Sitzen nach vorn geschleudert und erlitten sämtliche schwere Verletzungen.

Seit dem Septembersturm sind 203 französische Matrosen Mannschaften von Fischkuttern, verschollen.

# Badischer Teil

## Das Tuberkulose-Krankenhaus in Rohrbach bei Heidelberg

Am Mittwochnachmittag hat durch Pressevertreter von Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen eine Besichtigung der jetzt fertiggestellten Neu- und Umbauten unter Führung des Prof. Dr. Fränkel stattgefunden, nachdem zuvor im Auftrage der Landesversicherungsanstalt, Präsident Kaufs, den Zweck der Bauten erläutert hatte.

Das Rohrbacher Schloßchen, eines der schönsten Baudenkmäler der letzten Wittelsbacher aus der Zweibrücker Linie, dient — wenn der Bau vollendet ist — als Verwaltungs- und Schwerefernhaus des neuen Krankenhauskomplexes. Die Landesversicherungsanstalt Baden hat mit dem Ankauf und der baulichen Erneuerung des Krankenhauses einen seit 10 Jahren unter dem Antriebe von Universitätsprofessor Dr. A. Fränkel, erst von der Hauptfürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegserkrankte, dann von dem Seimadant und schließlich vom Kreis Heidelberg verfolgten Plan in großzügiger, aber doch zeitgebotener Einfachheit durchgeführt. Sie hat damit die Bedingungen geschaffen für sofortige sachgemäße Versorgung der an Tuberkulose frisch Erkrankten unter den besten äußeren Bedingungen, ferner für die Unterbringung von Kranken, für welche die Heilstätten nicht passen, weil sie noch fieberhaft sind, und schließlich für Schwerkranken, für die Sondereinrichtungen nötig sind, welche die Entfernung aus der Familie erträglich machen. Die badische Landesversicherungsanstalt ist damit Schritt für Schritt für eine neue Entwicklung des Problems der Tuberkulosefürsorge und -bekämpfung, die der klinischen und dabei mit der Fürsorge eng verbundenen Tuberkulosefürsorge nicht länger entbehren kann. Es gibt nur wenige Anstalten dieser Art in Deutschland; eine der ersten ist in Mannheim.

Die Landesversicherungsanstalt Baden ist wohl Besitzerin und Bauherrin; in die Aufgabe des Betriebes aber teilt sie sich in eine Gesellschaft öffentlich-rechtlicher Körperschaften und des Staates, die sich privatwirtschaftlich zusammengeschlossen hat.

Zunächst sind Stadt und Kreis Heidelberg mitbeteiligt, wodurch die Bodenbeständigkeit zum Ausdruck kommt; ferner der Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose, durch welchen der Zusammenhang mit den fürsorglichen Aufgaben im ganzen Land verbürgt ist. Eine Beteiligung der Landesversicherungsanstalt Pfalz berücksichtigt das traditionelle Bedürfnis der Pfälzer Kranken, Heidelberg aufzusuchen.

Die Anstalt dient in erster Linie der versicherten Bevölkerung. Soweit Platz vorhanden ist, gewährt die Gesellschaft in klarer Erkenntnis, daß die Tuberkulose nicht an der Versicherungsgrenze Halt macht, auch Angestellten und Selbständigen des Mittelstandes Unterkunft und berechnet für die letzteren nur einen Pensionspreis von 7 M. Dadurch ist das Krankenhaus nicht nur für alle Stadien der Tuberkulose, sondern auch für alle Stände geöffnet.

Der soziale Charakter der Anstalt ist dadurch besonders betont, daß mit Unterbringung von Kranken in Sälen definitiv gebrochen ist; es gibt nur Zimmer mit 1 und 2 Betten in einem Männer- und einem Frauenhaus. Nur im alten Krankenhaus, welches noch der Neuierung bedarf, wird noch an den Dreibettzimmern für Leichtkranke festgehalten.

Die soziale Krankenfürsorge wird von der Fürsorgestelle Heidelberg ausgeübt, die mit dem Tuberkulosekrankenhaus verbunden ist und deren Wirkungsbereich von Bruchsal bis an die bayerische Grenze reicht und damit einen Teil des kreisfreien Karlsruhe, den ganzen Kreis und die Stadt Heidelberg und den Kreis Mosbach umfaßt.

Bis jetzt sind nur die beiden neuen Krankenhäuser (85 Betten) und das Küchengebäude in Betrieb. Aber den Winter werden das Schloßchen und das alte Krankenhaus aufgefriescht und das Wirtschaftsgelände, welches erst im Rohbau fertig ist, vollendet. Dann werden circa 130 Betten zur Verfügung stehen. — Mit völliger Vollendung des gesamten Krankenhauses ist erst gegen Frühjahr zu rechnen.

### Ein Protest gegen die Schweizer Milch

In einer von circa 500 Landwirten besuchten Protestversammlung, die durch die Oberbadische Milchgenossenschaft e. G. m. U. S. Radolfzell einberufen war, nahm man nach Referaten von Direktor Dr. v. Engelberg, Badische Landwirtschaftskammer, Direktor Wehner, Badische Molkereiverband Karlsruhe, Direktor Armbruster, Oberbadische Milchgenossenschaft e. G. m. U. S., Radolfzell, und des Aufsichtsratsvorsitzenden Dügle (Wahlweis) eine Entschließung an, in der gegen die Gewährung eines zollfreien Milchkontingents für die Stadt Konstanz an die Schweiz protestiert wird. Tagtäglich müßten Tausende von Litern Milch in Radolfzell verarbeitet werden, die nur einen ganz geringen Erlös erbringen, während dem Schweizer Landwirt der Absatz seiner Milch als Frischmilch zu lohnendem Preis nach Deutschland ermöglicht werde. Es wird bestritten, daß ohne Zufuhr von Schweizer Milch die Versorgung der Stadt Konstanz mit einwandfreier Frischmilch gefährdet sei. Es wird ferner der Schweiz gewährt zollfreien Milchkontingents verlangt und von Reich und Land Entschädigung für die Verluste, die die Oberbadische Milchgenossenschaft und die ihr angeschlossenen 8000 landwirtschaftlichen Betriebe durch diese Maßnahme erlitten haben, verlangt. Die Entschließung wurde an das Reichsernährungsministerium, das Reichsaussenministerium und das badische Innenministerium gesandt.

### Verkehrsstraßengürtel um den Bodensee

Der zunehmende Autoverkehr hat die Herrschaften veranlaßt, eine großzügige Straßenverbesserung durchzuführen. Die badische Strecke von Konstanz über Radolfzell bis Friedrichshafen und Eristirch ist schon seit zwei Jahren fertiggestellt, ebenso die Strecke von Dregenz bis an die bayerische Grenze und über Linbau bis an die württembergische Grenze. Nun wurde in einer Beratung der Straßenbaubehörden und der Gemeinden in Friedrichshafen beschlossen, auch noch das Zwischenglied zwischen Deminghofen und Eristirch bei Friedrichshafen in einen besseren Zustand zu bringen. Bis zum Frühjahr werden die Arbeiten fertig sein, so daß dann ein Bodensee-Autostraßengürtel beider Art vorhanden sein wird, nachdem auf österreichischer und schweizerischer Seite die Bedürfnisse eines guten Straßenbaues bereits erfüllt sind.

### Tagungen

Konsumgenossenschaftliche Tagung. In Freiburg fand eine Verwaltungsmittelskonferenz des Verbandes Südwürttembergischer Konsumvereine statt, die außerordentlich gut aus der Falz und Baden besetzt war. Direktor Liebmann (Frankfurt a. M.) sprach über die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Aufgaben der Konsumgenossenschaften. Unter der infolge der Arbeitslosigkeit eingetretenen Konsumeinschränkung litten ganz besonders die Konsumgenossenschaften. Um die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu sichern, sei es nötig, die Unkosten auf ein Minimum herabzudrücken, und bei Erneuerung der Betriebe, Neubauten und Eröffnung neuer Verkaufsstellen mit größter Vorsicht vorzugehen. Gegen die Sonderumfahrungen, die die Konsumvereine hart trifft, wurde eine einstimmige Entschließung angenommen.

### Aus der Landeshauptstadt

Allgemein bildende Vorlesungen an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Das gesteigerte Bedürfnis breiter Schichten der Bevölkerung nach Vervollkommen ihrer Bildung rechtfertigt einen Hinweis auf die allgemein verständlichen Vorlesungen, die an der Technischen Hochschule gehalten werden. Der Versuch steht Personen beiderlei Geschlechts, die das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben, offen. Näheres ist aus den Anschlägen an den Schwarzen Brettern in der Vorhalle der Hochschule zu ersehen. Die Vorlesungen fallen in die Abendstunden zwischen 5 und 7 Uhr, und liegen somit für die Bewohner der Stadt wie ihrer Umgebung außerordentlich bequem. Die Vorlesungen beginnen allgemein in der Woche ab 8. November. Außerdem finden erstmals in diesem Semester Rechtsanwaltschaftliche Vorträge von Mitgliedern der Badischen Anwaltskammer in den Monaten November und Dezember, jeweils am Dienstagabend von 7 bis 8 Uhr, im Aulagebäude, Hofsaal Nr. 9, erstes Obergeschob, statt. Diese Vorträge sind öffentlich und unentgeltlich.

Die Polizei säubert Straßen. Mittwoch vormittag mußte sich in der Kirchstraße ein 48 Jahre alter Handwerker, von einigen Kommunisten verfolgt, von denen einer ein Messer in der Hand trug, in ein Haus flüchten. Die erschienenen Polizei nahm die Suche nach den Tätern auf, die jedoch angefangen der Polizei verschwanden. Ein Schwarm von etwa 200 Arbeitern, der sich vor dem Arbeitsamt befand, kam johlend auf die Weimarie zu, so daß diese den Rufen beiseite gehen mußten. Ein Täter wurde an Ort und Stelle festgenommen, zwei weitere Täter konnten bereits ermittelt werden. — Der sozialdemokratische Karlsruher „Volkstempel“ bringt einen Aufruf, in welchem alle Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen im Alter von 20 bis 45 Jahren aufgefordert werden, sich unerbittlich in die Abwehrbewegung gegen den politischen Terror einreihen zu lassen. Der ruhige Verlauf der Versammlungstätigkeit im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen müsse unter allen Umständen gewährleistet werden.

Zu dem Brand im Landtag erhalten wir nachstehenden ausführlichen Bericht. Im Landtag ist zur Zeit Großreinigung zur Vorbereitung des Hauses auf den Einzug, der mit der wiederbeginnenden Sitzungsperiode demnächst wieder im Landtag anwesenden Landboten. Als Mittwoch vormittag 10 1/2 Uhr der Archivar des Landtags die übliche Nachschau im Lesezimmer vornehmen wollte, drangen aus dem Zimmer Alarmrufe. Auf dem Boden stand Reinigungsöl in Flammen. Sofort alarmierte er die Feuerwehr. Feuerlöschapparate wurden in Tätigkeit gesetzt. In wenigen Sekunden hatten die Flammen die nächstliegenden Zeitungständer, Vorhänge und hölzernen Wandverkleidung in Brand gesetzt, der nördliche Teil des Lesezimmers stand in Rauch und Flammen, die bis zum Eintreffen der Feuerwehr von dem Archivar mit dem Dienstpersonal des Hauses entflohen bekämpft wurden. Wenige Minuten nach Alarmierung — es war höchste Zeit — traf die Feuerwehr ein, die den Brand mit kräftigen Wasserstrahlen bald gelöscht hatte. Die Ursache der Entzündung des Reinigungsöls wird von dem dienenden Amtsgesellen auf das Überpringen eines elektrischen Funkens aus dem Reinigungsapparat auf das Öl zurückgeführt. Der Gebäude- und Sachschaden beläuft sich auf einige Tausend Reichsmark.

Brand in einer Zigarrenfabrik. Mittwoch vormittag entstand im Trodenraum der Zigarrenfabrik Dörmann im Stadtteil Mühlweg durch Überhitzung eines Kohleofens ein Brand. Der Trodenraum ist völlig ausgebrannt; große Mengen von Tabak wurden vernichtet. Der Fahrnis- und Gebäudeschaden beträgt rund 12 500 Reichsmark. An Tabakvorräten sind etwa 150 Zentner bei dem Brand vernichtet worden.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Eine neue, nordwestlich Schottland liegende Depression hat die alte englische Störung in ihr Strömungssystem einbezogen und treibt heute morgen ein ausgedehntes Regengebiet gegen das Festland vor. Nach seinem Durchzug werden wir in den Bereich wärmerer Luft gelangen. Wetterausblick: Durchzug eines Regengebietes, dann vorübergehend aufsteigend bei frischen, in der Höhe stürmischen Südwestwinden, mild.

Wasserstände: Waldshut 309—6, Basel 115—3, Schutterinsel 182—5, Rehl 311—1, Marzau 501—10, Mannheim 428—16, Raab über 200 Zentimeter.

### Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Redargimmern wurde der bisherige Bürgermeister, Haas, wiedergewählt. Fast alle abgegebenen Stimmen lauteten auf seinen Namen.

98 000. Sparbuch. Die Sparkasse Mannheim kann in den nächsten Tagen schon das 98 000. Sparbuch ausstellen. Der Inhaber dieses Sparbuchs erhält eine Prämie von 25 M.

Der Bürgerausschuß Eberbach ermächtigte die Stadtverwaltung zur Aufnahme eines Anlehens in Höhe von 80 000 M., wovon 3000 M. zum Bau einer neuen Straße über den Redar verwendet werden sollen. Mit 38 gegen 11 Stimmen wurde ferner die Aufhebung des Sondervertretungsrechtes des Stadtteils Redarwimmerbach beschlossen. Diese Maßnahme soll eine einwandfreie Durchführung der Gemeindevahlen ermöglichen.

Freiwilliger Gehaltsabbau des Dornberger Bürgermeisters. Bürgermeister Seyfried und Gemeindevorstand Seitz in Dornberg bei Buchen verzichteten freiwillig auf einen Teil des ihnen zustehenden Gehalts, um zur Senkung der Gemeindeumlage beizutragen. Dieser Schritt wurde von der Gemeinde dankbar begrüßt.

Der Gemeindeauschuß Kappelrodek (A. Bühl) beriet über den Gemeindevoranschlag. Die Ausgaben betragen 138 353, die Einnahmen 91 812 M. Somit bleibt ein ungedeckter Aufwand von 46 541 M., der mit einem Umlagefuß von 80 Pf. auf Grundstücke und Gebäude, 32 Pf. auf Betriebsvermögen und 6 M. auf Gewerbevermögen gedeckt wird.

Der Städtische Voranschlag in Müllheim für 1930/31 ist nunmehr fertiggestellt und soll vom Bürgerausschuß am 30. Oktober beraten werden. Der Voranschlag schließt in den Einnahmen mit 414 350 M. und in den Ausgaben mit 638 850 Reichsmark ab, so daß durch Umlage 119 500 M. aufzubringen sind. Eine Umlageerhöhung konnte vermieden werden.

Wohnungsbaubank in Rheinfelden. Der Gemeinderat beschloß, der Bauogenossenschaft Rheinfelden zur Erbauung von 18 Dreizimmerwohnungen das erforderliche Baugelände an der Emil-Frey-Straße unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Verträge mit der Badischen Kommunal-Landesbank über die Aufnahme von Darlehen für den Wohnungsbaubau wurden vom Gemeinderat unterzeichnet.

Das neue Feuerwehrhaus in Lahr. Am Sonntag fand in Lahr die feierliche Übergabe des neuen Feuerwehrgerätehauses an das Kommando der Freiwilligen Feuerwehr statt. Stadtbaurat Kägels, der mit Baumeister Bruder Erbauer des Hauses ist, übergab die Schlüssel dem Oberbürgermeister.

### Kurze Nachrichten aus Baden

#### Schwierige Lage einer Krankenkasse

ld. Neustadt i. Schw., 22. Okt. In einer öffentlichen Erklärung tritt der Gesamtverband der Ortskrankenkassen Neustadt den Gerüchten von Veruntreuungen bei der Kasse entgegen. Dagegen habe eine Revision die schwierige Lage der Krankenkasse ergeben. Die Hauptursache rühre von der erhöhten Inanspruchnahme der Kasse durch die bei dem Schlussewert Beschäftigten her. Es wird angeführt, die Krankheitsziffer der einheimischen Versicherten habe in den letzten Jahren 2% bis 3% Proz. betragen, die der Schlussewertarbeiter jedoch 15 bis 27 Proz., und diejenige der zugewiesenen Rotstandsarbeiter sogar 40 bis 55 Proz. Den ihr auf diese Weise zugeführten anormalen Verlust schätzt die Krankenkasse auf 50 000 M.

D. J. Mannheim, 22. Okt. Eine außerordentliche Ausschuss-Sitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mannheim-Stadt beriet u. a. die Neufestsetzung der Beiträge auf Grund der Notverordnung. Dabei kam es zu sehr scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitgeberbeisitzern und den sozialdemokratischen Arbeitnehmerbeisitzern. Eine von der ersten Gruppe abgegebene Erklärung wurde durch Gebrüll der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses sabotiert, so daß sie nicht zu Ende gelesen werden konnte. Unter Protest verließen die Arbeitgeber geschlossen die Sitzung, so daß nunmehr das Oberversicherungsamt Mannheim zur Festsetzung der neuen Beiträge eingreifen muß.

ld. Mannheim, 22. Okt. In Ludwigshafen ist der 22 Jahre alte, in Mannheim wohnhafte, ledige Fabrikarbeiter Kurt Adam, der in Begleitung seines erst 15j. Bruders den Dietrich ermordet hat, um ihn zu berauben, verhaftet worden. Der jüngere Bruder legte ein Geständnis ab. Der Mörder schlug Dietrich zuerst mit einem Schreinerhammer nieder und schütt ihm dann mit einer Schusterkneipe die Kehle durch.

D. J. Rehl, 21. Okt. Die Vorarbeiten für den Kinzigbrücken-Neubau sind zur Zeit in vollem Gange. Eisenbahn- und Feldbahnwagen schleppen das erforderliche Baumaterial zur Stelle. Niedrige Kolktrassen verladen Fertigware, namentlich meterlange Eisenbetonpfosten, welche durch Dampftrammaschinen als Unterlage für die späteren Brückenpfeiler in den Untergrund getrieben werden. Die im Bau begriffene Kolktrasse geht ebenfalls ihrer Fertigstellung entgegen.

D. J. Freiburg i. Br., 22. Okt. Der Verkehrsverein für den Schwarzwald feierte gestern abend sein 25jähr. Bestehen. Der erste Vorsitzende, Oberpostdirektionspräsident a. D. Weiland wies darauf hin, welche Bedeutung der Verkehrsverein für den Schwarzwald im Laufe dieser 25 Jahre nicht nur für Freiburg, sondern auch für den gesamten Schwarzwald gewonnen habe. Hofrat Prof. Dr. Friedländer sprach dann über klimatische Geheimnisse. Zu Ehrenmitgliedern wurden ernannt: Oberbürgermeister Dr. Bender (Freiburg), Verleger Eduard Poppen (Freiburg), der Mitbegründer des Vereins, sowie die beiden noch lebenden früheren ersten Vorsitzenden des Vereins, Stadtrat a. D. Franz Brombach und Syndikus Otto Gehrenbach. Es fand dann die Aufführung eines Schwankes von Wilhelm Hradt „Badischer Wi“ statt, aufgeführt durch Mitglieder der Reinigung Freiburger Gasthofbesitzer, der für den badischen Wein wirbt. Eine Reihe anderer Ansprachen wurde gehalten.

ld. Lörrach, 22. Okt. In Lörrach-Stetten entstand am Mittwochnachmittag im Möbelhaus Loeb an der Basler Straße ein Großfeuer in dem hinter dem Geschäftshaus liegenden Möbellager, in dem gegenwärtig circa 80 bis 100 Zimmer aufbewahrt wurden. Das zweistöckige Lagerhaus brannte innerhalb einer Stunde bis auf die Grundmauern nieder. Ein neben dem Lagerhaus liegendes Fachwerkhaus wurde ebenfalls zerstört. Die Feuerwehr mußte sich auf die Rettung des Wohn- und Geschäftshauses beschränken. Der Schaden beläuft sich auf circa 60 000 M. Die Brandursache ist in der Unvorsichtigkeit eines 21 Jahre alten Schreiners zu suchen, der mit einem Leimhafen Feuer machte, obwohl Radpapier und Holzwohle in der Nähe lagen. Der Schreiner wurde wegen fahrlässiger Brandstiftung festgenommen.

ld. Waldshut, 21. Okt. In Staufen-Dorf brannten in der Nacht auf Dienstag die beiden wirtschaftlichen Anwesen der Landwirte Edwin Bernauer und Adolf Morath vollständig nieder. Der Brandschaden wird auf insgesamt 49 000 M. geschätzt. Man vermutet Brandstiftung.

D. J. Waldshut, 22. Okt. Mit dem Bau des Großkraftwerks Albrun-Dogern soll in nächster Zeit begonnen werden. Man rechnet damit, daß etwa 1500 Arbeiter, in der Hauptsache Landarbeiter, Beschäftigung finden werden. Die Vermittlung erfolgt durch die beteiligten Arbeitsämter.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	23. Oktober		21. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.02	169.36	168.73	169.07
Kopenhagen 100 Kr.	112.24	112.46	112.13	112.35
Italien . . . 100 L.	21.955	21.995	21.935	21.975
London . . . 1 Pf.	20.385	20.425	20.364	20.402
New York 1 D.	4.1955	4.2085	4.1890	4.1970
Paris . . . 100 Fr.	16.459	16.499	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	81.46	81.62	81.365	81.525
Wien 100 Schilling	59.165	59.285	59.10	59.22
Brag . . . 100 Kr.	12.443	12.463	12.428	12.448

Der Privatdiskont für kurze Sicht wurde um 1/4 Proz. herabgesetzt auf 4 1/2 Proz. Für lange Sicht bleibt er unverändert.

Senkung der Kohlenpreise. Der Oberbadische Kohlenbergbau hat sich zu einer durchschnittlichen Senkung der Kohlenpreise um 6 Proz. grundsätzlich bereit erklärt. Ebenso hat das Rheinische Braunkohlensyndikat eine allgemeine Senkung seiner Verkaufspreise beschlossen.

Die Herabsetzung der Kapitalverkehrssteuern ist nunmehr in einem Verordnungsentwurf niedergelegt worden, der dem Reichsrat und dem Steuerauschuß des Reichstags zur Beschlussfassung und den Landesfinanzämtern zur Kenntnis zugegangen ist, da die Verordnung bereits mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1930 in Kraft gesetzt werden soll. Die in Betracht kommenden Steuern sind daher von den Finanzämtern auf Grund des Rundschreibens des Reichsfinanzministers vom 13. Oktober 1930 mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 an nur in Höhe der im Verordnungsentwurf vorgesehenen Steuerfüße zu erheben, und die überschüssigen Beträge sind bis auf weiteres zinslos ohne Sicherheit zu stunden.

Von der Reichsmonopolverwaltung. Der Beitrag der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein hat am Mittwoch beschlossen: 1. Das Jahresbrennrecht für das Betriebsjahr 1930/31 wird auf 70 Hundertteile des regelmäßigen Brennrechtes festgesetzt; 2. für den vom 1. Oktober 1930 an hergestellten Branntwein wird der Grundpreis von 51 M für das Dekoliter Weingeist festgesetzt.

### Staatsanzeiger

Dem Hamburgischen Landesverein vom Roten Kreuz in Hamburg 13 wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 20. Oktober 1930.

Der Minister des Innern:  
J. Wittemann.

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufbefehle usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen

Ernannt:

Forstrat Adolf Crocoll zum Forstamtsvorstand unter Übertragung des Forstamts Waldbühl.

Zum Oberrechnungsrat, Rechnungsrat Karl Maurer, und zum Rechnungsrat, Verwaltungsinспектор Karl Gils, beide bei der Wasser- und Straßenbaudirektion.

### Forstabteilung

Versetzt:

Forstassistent Vanden vom Forstamt Bretten zum Forstamt Karlsruhe.

Forstassistent Burkhard Bafert vom Forstamt Karlsruhe nach Peterstal b. G. unter Ernennung zum Förster.

In den Ruhestand tritt kraft Gesetzes:

Förster Ludwig Feiß in Schönbrunn.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres (Mit besonderer Berücksichtigung des Wehrkreiskommandos V.)

Mit dem 1. November 1930 werden ernannt:

Generalmajor Galm, Stab des Gruppenkommandos 1 zum Infanterieführer V;

Oberst Blaschowitz, Chef des Stabes der 5. Division zum Landeskommandanten von Baden;

Oberstleutnant Heinrich, Infanterieregiment 3 zum Kommandeur des III. Bataillons des Regiments.

Oberstleutnant Widmann, Kommandeur des Ausb.-Batt. Inf.-Regt. 13 zum Kommandanten des Truppenübungsplatzes Sennelager;

Oberstleutnant Fischer, Stab Inf.-Regt. 17 zum Abt.-Leiter in d. M.W.M.

Major Büchs, Stab des Gruppenbos. 2 zum Kommandeur des III. Batt. Inf.-Regt. 12;

Major Andreas, Stab des Gruppenbos. 2 zum Kommandeur des I. Batt. Inf.-Regt. 4;

Major Wolf, Inf.-Regt. 13 zum Kommandeur des Ausbildungsbataillons Inf.-Regt. 13;

Major Kulan, Inf.-Regt. 14 zum Kommandeur des III. Bataillons Inf.-Regt. 14.

Mit dem 31. Oktober 1930 scheiden aus:

Generalmajor Spemann, Artl.-Führer III;

Generalmajor Baenter von Danfenschweil, Inf.-Führer V und Landeskommandant von Baden;

Generalmajor Wendland, Artl.-Führer VI;

Oberst Gützmann, Stab des Gruppenbos. 1;

Oberst Müller, Kommandant von Mogau;

Oberst Hon, Artl.-Schule.

Mit dem 1. November 1930 werden versetzt:

Oberstleutnant Sachs, Stab des Gruppenbos. 2 zum Stab der Artl.-Schule;

Oberstleutnant Buchholz, Kommandeur des III. Batt. Inf.-Regt. 12 in den Stab des Gruppenkommandos 2;

Oberstleutnant Ruff, Kommandeur der Nachr.-Abt. 7 in den Stab des Gruppenbos. 2;

Major Sperle, Kommandeur des III. Batt. Inf.-Regt. 14 zum Stab des Inf.-Regt. 8;

Rittmeister von Baer, Reiterregiment 16 in den Stab der 1. A.Div.;

Oberarzt Dr. Müldenberger, San.-Abt. 5, in die San.-Abt. 7, San.-Staffel Nürnberg;

Oberarzt Thirau, San.-Abt. 5, in die San.-Abt. 7, San.-Staffel Würzburg.

### Handels-Hochschulkurse Karlsruhe und Beamtenturse der Verwaltungs-Akademie Baden.

Winter-Semester 1930/31.

- 1. Deutsches bürgerliches Recht.**  
Senatspräsident Dr. Levis.  
Dienstag, 8 Uhr. Beginn 28. Oktober.
  - 2. Befreiungen über Bürgerliches Recht.**  
Senatspräsident Dr. Levis.  
Dienstag, 9 Uhr. Beginn 28. Oktober.
  - 3. Allgemeine Staatslehre.**  
Professor Dr. Zellinek.  
Donnerstag, 8 Uhr. Beginn 30. Oktober.
  - 4. Finanzwissenschaft.**  
Professor Dr. Wehrle.  
Mittwoch, 7 Uhr. Beginn 5. November.
  - 5. Betriebswirtschaftslehre.**  
Direktor Dr. Ralteur.  
Montag, 7 Uhr. Beginn 27. Oktober.
  - 6. Philosophie (Halbjahrestexturs).**  
Professor Dr. Drews.  
Donnerstag, 7 Uhr. Beginn 8. Januar 31.
  - 7. Literaturgeschichte (Halbjahrestexturs).**  
Gymnasialdirektor Dr. Marx.  
Montag, 8 Uhr. Beginn 27. Oktober.
  - 8. Vorträge in englischer Sprache (Halbjahrestexturs).**  
Direktor Dr. Ott.  
Donnerstag, 7 Uhr. Beginn 30. Oktober.
  - 9. Vorträge in französischer Sprache (Halbjahrestexturs).**  
Professor Gerstner.  
Donnerstag, 8 Uhr. Beginn 8. Januar 31.
- Besuchsgebühr für sämtliche Kurse 18 M, für einen Semesterkurs 6 M, für einen Halbjahrestexturs 3 M.
- Anmeldungen bei A. Bielefeld's Hofbuchhandlung, G. Kuntz, Müller & Gräf, Braunsche Buchhandlung, A. Troschütz, J. Lind's Buchhandlung, Weststadtbuchhandlung Ernst Lührer, Buchhandlung zur Hauptpost und der Geschäftsstelle des Beamtensbundes, Nowakanlage 19.  
Karlsruhe, Oktober 1930.

Das Kuratorium.

### Grundstückszwangversteigerung.

5 VT. 21/30.

Zum Zwangswege versteigert das Notariat am Freitag, den 12. Dezember 1930, nachm. 3 Uhr, im Rathaus zu Knielingen, die nachbezeichneten Grundstücke des Adolf Kiefer, Kaufmann in Karlsruhe, Virchowstraße 18. Q.996.

Die Versteigerung wurde am 26. September 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über die Grundstücke samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 26. September 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschreibung:

Grundstücksbeschreibung	Schätzungswert M
1. Lgb. Nr. 6837: 8,19 a Ackerland, Gewann Wein,	60
2. Lgb. Nr. 6834a: 10,30 a Ackerland, Gewann Wein,	75
3. Lgb. Nr. 6834b: 10,30 a Ackerland, Gewann Wein,	75
4. Lgb. Nr. 6836: 7,62 a Ackerland, Gewann Wein,	55
5. Lgb. Nr. 6833: 10,18 a Ackerland, Gewann Wein,	70
6. Lgb. Nr. 6838: 8,09 a Ackerland, Gewann Wein,	60

Schätzungswert M	
7. Lgb. Nr. 6834c: 10,28 a Ackerland, Gewann Wein,	75
8. Lgb. Nr. 6835: 7,48 a Ackerland, Gewann Wein,	55
9. Lgb. Nr. 6709: 19,58 a Ackerland, Gewann Wein,	140
10. Lgb. Nr. 6839: 15,68 a Ackerland, Gewann Wein,	110
11. Lgb. Nr. 6840: 15,62 a Ackerland, Gewann Wein,	110
12. Lgb. Nr. 6829a: 9,00 a Ackerland, Gewann Wein,	65
13. Lgb. Nr. 6829b: 9,00 a Ackerland, Gewann Wein,	65
14. Lgb. Nr. 6830: 8,88 a Ackerland, Gewann Wein,	65
15. Lgb. Nr. 6831: 9,15 a Ackerland, Gewann Wein,	65
16. Lgb. Nr. 6832: 10,04 a Ackerland, Gewann Wein,	70
17. Lgb. Nr. 6841: 18,09 a Ackerland, Gewann Wein,	125
18. Lgb. Nr. 6825: 16,53 a Ackerland, Gewann Wein,	120
19. Lgb. Nr. 6826: 16,59 a Ackerland, Gewann Wein,	120
20. Lgb. Nr. 6827: 11,93 a Ackerland, Gewann Wein,	85
21. Lgb. Nr. 6828: 11,85 a Ackerland, Gewann Wein,	85
22. Lgb. Nr. 6713: 10,04 a Ackerland, Gewann Kriegeräcker,	70
23. Lgb. Nr. 6712: 11,10 a Ackerland, Gewann Kriegeräcker,	80
24. Lgb. Nr. 6293: 72,30 a Ackerland, Gewann Kriegeräcker,	500
25. Lgb. Nr. 7010: 86,27 a Kiesgrube, Gewann Kiesbuddel,	600
26. Lgb. Nr. 6913a: 0,79 a Bahngelände, Gewann Bipples,	10
27. Lgb. Nr. 6995b: 2,06 a Ackerland, Gewann Hintern Buch,	50
28. Lgb. Nr. 7438: 8,18 a Ackerland, Gewann Schweinferteich,	200
29. Lgb. Nr. 3077: 9,76 a Ackerland, Gewann Gänzsacker,	250
30. Lgb. Nr. 6807: 50,18 a Ackerland, Gewann Wein,	1500.

Karlsruhe, den 20. Oktober 1930.

Notariat 5 - Vollstreckungsgericht.

### Grundstückszwangversteigerung.

VT. 23/30.

Zum Zwangswege versteigert das Notariat am Mittwoch, den 10. Dezember 1930, nachm. 3 Uhr, im Rathaus zu Eggenstein das nachbezeichnete Grundstück der Emma geb. Seufert, Ehefrau des Julius Stoll, Uhrmacher in Eggenstein. Q.996.

Die Versteigerung wurde am 8. Oktober 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 8. Oktober 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschreibung:

Grundstücksbeschreibung	Schätzungswert M
Lgb. Nr. 61, Hausplatz, Hof, Garten und Wiese, 10 a 13 qm, Gewann Ortsleiter.	5500 M.

Auf der Hofreite steht ein zweistöckiges Wohnhaus mit Balkenkeller und ein eingebautes einstöckiges Wohnhaus mit Keller. Von den Wohnhäusern getrennt stehen zwei Scheuern, Stallungen und Schweinehüllen. Hiervon gehört hierher, die Hälfte von der Hofreite, die südliche Hälfte des Hausgartens und der Wiese. Ferner das einstöckige Wohnhaus mit Balkenkeller samt dem mit dem zweistöckigen Wohnhaus verbundenen Vorbau, in welchem sich ebener Erde die Küche und im zweiten Stockwerk eine Kammer befindet, sodann die südliche Scheuer mit Stallung und Schweinehüllen.

Karlsruhe, den 18. Oktober 1930.  
Notariat 5 - Vollstreckungsgericht.

Der Stadtrat hier hat die Abänderung und Neufeststellung der bestehenden Bauflucht des Teilstücks der Wannwaldallee beim Ortsausgang Sulach beantragt. Q.993.

Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Angrenzerverzeichnis 14 Tage lang, vom Tag der Bekanntmachung an, auf der Kanzlei des städt. Tiefbauamts zur Einsicht aufliegt.

Einwendungen gegen die beabsichtigte Anlage sind spätestens bis 10. November 1930 bei Ausschlußvermeiden geltend zu machen.

Karlsruhe, den 16. Oktober 1930. D.-3. 61.  
Badisches Bezirksamt II.

### Jagdverpachtung.

Das Forstamt Karlsruhe verpachtet am Donnerstag, den 30. Oktober d. J., 15 Uhr, in der Forstschule (Hajiangartenhölzchen) die domänenärztliche Jagd Neupforzertopf (Gemarkung Eggenstein), 208 ha Wald und Wasser, und die zugehörige ärztliche Forstjagd (Gemarkung Eggenstein), 2 ha Forstland, 27 ha Rheinstrom, auf 6 Jahre, vom 1. Februar 1931 an. Q.973.

Bedingungen und Pläne zur Einsicht: Forstamt Karlsruhe, Auskunft an Ort und Stelle: Förster Haus, Leopoldshafen.

### Betrifft Adressbuch

Unter der Vorgabe, daß der Branchenanteil des Adressbuchs diesmal einzeln erscheinen, versuchen neuerdings wieder auswärtige Anzeigenwerber dafür Anzeigenaufträge zu erlangen.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß damit weder das altbekannte, soeben erschienene Adressbuch von Karlsruhe noch das auf Grund der amtlichen Unterlagen der Reichspost erscheinende Branchen-Adressbuch der Oberpostdirektionsbezirke Karlsruhe und Konstanz etwas zu tun hat. Werbungen unter Bezug auf unsere Adressbücher durch fremde Firmen sind unterjagt und werden gerichtlich verfolgt. Unsere Bestellscheine tragen am Kopf unsere Firma.

Wir bitten, bei Aufgabe von Bestellungen für Adressbücher genau zu prüfen, für welche Ausgabe ein Auftrag erteilt wird und Vorauszahlungen nur dann zu leisten, wenn die Verlagsfirma für ein baldiges Erscheinen bürgt.

G. Braun, vorm. G. Braun'sche Hofbuchdruckerei u. Verlag G. m. b. H., Karlsruhe.

### Städtische (öffentliche) Sparkasse Konstanz

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen	M	Verbindlichkeiten	M
Kassenbestand	61 127,78	Sparrücklagen	6 594 042,83
Guthaben bei Banken	150 657,94	Kontokorrent-, Giro- und	
Rom. Landesbanken	13 337,03	Scheineinlagen	1 141 985,35
Reichsbank	33 191,99	Rom. Landesbanken	351 345,44
Postsparkasse	4 262,30	Banken und Sparkassen	79 982,15
Wechsel	283 054,98	Ausgabenrückstände	50 813,20
Kontokorrentkredite	3 884 542,21	Aufwertungs Spareinlagen	3 305 462,15
Wertpapiere	3,-	Aufwertungsabrechnungs-	
Reife Hypothekendarlehen	3 714 103,80	konto	660 435,95
Gemeindekassen	520 461,73	Rücklagen (geschl. Reserve-	
Einlage beim Spargiro-		fonds)	243 511,58
verband	192 300,-	Reingewinn 1929	134 403,71
Sonstige Darlehen	15 000,-	(Abale M 12 500,-)	
Kaufpfanddarlehen	5 325,-		
Schuldscheindarlehen	51 050,78		
Einnahmerückstände			
Zinsen	121 814,73		
Grundstücke und Gebäude	150 001,-		
Gewerkschaften	1,-		
Betriebskosten	5 000,73		
Sonstige Vorschüsse	11 004,31		
Aufwertungsfordernungen	3 288 889,91		
Aufw. Zinsrückstands-			
konto	56 352,14		
(Abale M 12 500,-)			
	12 561 482,36		12 561 482,36

### Berechnung der Rücklage:

Nach § 20 der Satzung soll die Rücklage betragen:  
5% aus 7 736 028,18 M = 386 801,41 M  
Auf Ende des Vorjahres betrug die geschl. Rücklage 243 511,58 M  
hierzu Geschäftsgewinn vom laufenden Jahr = 134 403,71 M = 377 915,29 M  
mithin Fehlbetrag = 886,12 M

Konstanz, den 6. Oktober 1930.  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:  
Dr. R. K. K. Oberbürgermeister.

Städt. Sparkasse:  
Blum, Direktor.  
Schreiber.